

„Berliner Tageblatt“

und Handels-Zeitung... erscheint wöchentlich zweimal, Sonntags einmal.



Abonnements-Preis

durch d. Post bezogen... durch d. Post bezogen... durch d. Post bezogen...

Berliner Tageblatt

Nr. 571

37. Jahrgang

und Handels-Zeitung.

Sonntag

8. November 1908

Siehe die Illustrierte Halbwochen-Chronik „Der Welt-Spiegel“ Nr. 90.

Politische Wochenschau.

von Paul Michaelis.

In einem Augenblick grenzenloser Bewirung ist diesmal der Reichstag wieder zusammengetreten. Etwas wie politische Gewitterwolke lagert über dem deutschen Volke.

durch ungeschickte Bemerkungen der künstlich gemachten Regierung Vorwurf zu leisten. So las man plötzlich in allen deutschen Blättern, daß dem deutschen Volke, das in unendlicher Langmut während der letzten Decennien so zahllose Gebüdsproben erduldet hat, wegen der drei Defektoren der französischen Fremdenlegion die Geduld reißend würde.

Aber Fürst Bülow hatte noch mehr Eisen im Feuer. Ganz plötzlich wurde die Notwendigkeit erkannt, den Bundesratsauschuß für auswärtige Angelegenheiten wieder einmal zu bemühen.

Nur wird man von dieser Ausdehnung, die natürlich hinter verschlossenen Türen abhandelt, nicht zu viel erwarten dürfen. Es ist ja möglich, daß die Vertreter einzelner Bundesstaaten dem Kanzler das Leben etwas sauer machen werden, weil sie die Last der Verantwortung für die fastlichen Verhandlungen so länger je empfindlicher spüren.

Nach allem was bisher aus den Beratungen der Parteien an die Öffentlichkeit gekommen ist, muß der Schluß gezogen werden, daß auch die Unterrelationsdebatte mit einer Kundgebung der Blockparteien für den Fürsten Bülow ihre himmelstürzende Absicht finden wird.

Leber die unabhängige Presse hat ja nun die konservative Partei nicht zu disponieren. Wir brauchen auch wohl kaum zu sagen, daß wir diese unehrdige Schulmeistererei der Herren v. Montenuff und Genossen uns mit aller Entschiedenheit verweigern.

Um so nachdrücklicher muß jetzt, so lange es noch Zeit ist, darauf hingewiesen werden, daß sich die freisinnigen Parteien um den letzten Rest ihres Kredit in Lande bringen würden, wenn sie nicht mit aller Entschiedenheit darauf hindringen, daß die persönliche Politik für alle Zukunft aus dem inneren und äußeren Reichsgeschäften ausgeschlossen wird.

Die Krisis.

Denjenigen, die sich abermals mit mehr oder minder schönen Reden und mit einigen Versprechungen und Zusageungen begnügen wollen, ruft die „Germania“ die Reichstagsöffnung vom 14. November 1908 ins Gedächtnis.

Man weiß heute — und man konnte eigentlich schon damals wissen — was die Erklärung wert war. Sollte sich der Reichstag am Dienstag wiederum mit einer ähnlichen Erklärung begnügen, ohne fest zugesicherte Garantien zu fordern, so würde er nur die Wahl haben, entweder für rechtlich gültig oder für sehr dienlich zu gelten.

Die Norddeutsche Allgemeine Zeitung teilt gestern mit, daß der Staatssekretär v. Sadow abends einen Erholungsurlaub nach dem Süden antreten werde, und daß sein Stellvertreter, der Generalleutnant v. Bunsow, Herr v. Kieberlin, in Berlin eingetroffen sei.

Die Beschäftigungskomitee im Parlament und in den Ausschüssen werden die „Bürgerschaft“ gefunden zu haben, die der Reichstag fordern und die man in Reglementsfragen ihr ohne großes Risiko ausgeben könne.

Während die „Kreuzzeitung“, über deren Charakterlosigkeit Bismarck in seinen „Gedanken und Erinnerungen“ so oft klagt, mit ihrem „Königstreu“ prahlt und ihre feige Kritiker mit diesem Worte zu entmenschen sucht, schreibt das andere hochkonservative Organ, der „Reichsbote“: „Es handelt sich darum, daß der Reichstag sagt, was die Nation denkt und fühlt.“